

Bündnis **Nazifrei! - Dresden stellt sich quer**

E-Mail: [presse@dresden-nazifrei.com](mailto:presse@dresden-nazifrei.com)

URL: [www.dresden-nazifrei.com](http://www.dresden-nazifrei.com)

Telefon: 0177 5199 826



## Pressemitteilung

**Dresden 13.09.2011 – Nach dem Bericht des Datenschutzbeauftragten zur massenhaften Handydatenabfrage folgen nun unzählige Strafanzeigen gegen die Staatsanwaltschaft Dresden, das LKA Sachsen und die Polizeidirektion Dresden. „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ ruft ebenfalls dazu auf Strafanzeige zu erstatten.**

Am vergangenen Freitag ist durch den Bericht des sächsischen Datenschutzbeauftragten eine Vielzahl von Gesetzesverstößen durch die Staatsanwaltschaft Dresden, das Landeskriminalamt Sachsen und die Polizeidirektion Dresden im Zusammenhang mit den Funkzellenabfragen belegt worden. Nun beginnt die juristische Aufarbeitung. Für das Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ kündigt Anwältin Kristin Pietrzyk eine Klage gegen das Vorgehen an. Abgeordnete der Linkspartei sowie Anwälte, Ärzte und Journalisten tun es ihr gleich.

Bündnissprecherin Franziska Radtke dazu: „Wir begrüßen den Schritt der Anzeigeerstattung und fordern betroffene Personen dazu auf sich dem anzuschließen. Wir bieten dazu gern unsere Unterstützung an. Die massenhafte Rechtsbeugung der Behörden in Sachsen muss ein Ende haben. Objektivität wie auch Unabhängigkeit müssen wieder in der Justiz in Sachsen einkehren. Wenn die Behörden Gesetze wissentlich brechen, muss man die Existenz des Rechtsstaats als gefährdet ansehen.“

Verwundert reagiert das Bündnis auf die Äußerungen des Sächsischen Richterverbands. Dieser hatte in einer Pressemitteilung die originäre Arbeit des Datenschutzbeauftragten Schurig als Verstoß gegen die Gewaltenteilung und politische Stellungnahme gewertet. „Es ist schon paradox, wenn sich die Richter und Staatsanwälte, die mit ihrem Handeln der letzten Monate nichts anderes als ideologisierte Politik machen und dabei gegen Gesetze verstoßen, darüber beschweren, dass der Datenschutzbeauftragte seine verfassungsgegebene Aufgabe wahrnimmt. Das Demokratieverständnis des Richterverbands ist alarmierend.“

Eine Änderung des politischen Kurses der Landesregierung ist nicht in Sicht. Es wird weiterhin auf Spaltung in „gute“ und „böse“ DemonstrantInnen und auf Repression gegen BlockiererInnen gesetzt. Erst vor wenigen Tagen sind erste Verfahren nach §21 Versammlungsgesetz gegen Personen, die sich an Blockaden beteiligten, eröffnet worden. Die Landesregierung muss sich daher Vorwürfe der ideologisierten Politik auf Grundlage der umstrittenen Extremismuskonzepte gefallen lassen. Wir stehen solidarisch an der Seite der Angeklagten und begleiten die Prozesse kritisch.

„Wir lassen uns in unserem Ziel den Naziaufmarsch Geschichte werden zu lassen nicht durch rechtswidrige Methoden einschüchtern oder spalten. Die zaghafte Annäherung an Protest in Hör- und Sichtweite durch die Stadt Dresden und das Land Sachsen ist lobenswert, kann aber einen Naziaufmarsch in dieser Größenordnung nicht verhindern. Ohne unsere erfolgreiche Arbeit würden die Nazis immer noch Jahr für Jahr ungestört durch Dresden marschieren.“, argumentierte Radtke.

Pressekontakt: [presse@dresden-nazifrei.com](mailto:presse@dresden-nazifrei.com) Telefon: 0177 5199 826